



WORKING PAPER

Dr. des. Ruth Ammann, Alfred Schwendener
Januar 2018

ZUR DISKUSSION ÜBER DIE ZAHL VON SOLIDARITÄTSBEITRAGSGESUCHEN VON OPFERN FÜRSORGERISCHER ZWANGSMASSNAHMEN UND FREMDPLATZIERUNGEN

Mögliche Erklärungen aus Sicht der Unabhängigen
Expertenkommission (UEK) Administrative Versorgungsungen



Unabhängige Expertenkommission
Administrative Versorgungsungen
Commission indépendante d'experts
internements administratifs
Commissione peritale indipendente
internamenti amministrativi



WORKING PAPER

**ZUR DISKUSSION ÜBER DIE ZAHL VON
SOLIDARITÄTSBEITRAGSGESUCHEN VON OPFERN FÜRSORGERISCHER
ZWANGSMASSNAHMEN UND FREMDPLATZIERUNGEN**
Mögliche Erklärungen aus Sicht der
Unabhängigen Expertenkommission (UEK) Administrative Versorgung

Dre. des. Ruth Ammann, Alfred Schwendener

Januar 2018

© 2018 UEK ADMINISTRATIVE VERSORGUNGEN

Dokument erstellt für die
Unabhängige Expertenkommission (UEK)
Administrative Versorgung
Postfach
3003 Bern

www.uek-administrative-versorgungen.ch

Die Unabhängige Expertenkommission (UEK) Administrative Versorgung publiziert ihre Forschungsergebnisse 2019. Die Working Papers werden von Forscherinnen und Forschern geschrieben und vermitteln einen ersten Einblick in Zwischenergebnisse und Arbeitspapiere.

Zur Diskussion über die Zahl von Solidaritätsbeitragsgesuchen von Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen

Mögliche Erklärungen aus Sicht der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) Administrative Versorgungsungen

Dr. des. Ruth Ammann, Alfred Schwendener

Die UEK Administrative Versorgungsungen führte zwischen 2015 und 2017 rund 60 Interviews mit ehemals „administrativ versorgten“ Personen, also Menschen, die als Jugendliche oder Erwachsene in einem Heim, einer Anstalt, einer Psychiatrie oder einem Gefängnis zur sogenannten „Nacherziehung“ eingewiesen wurden. Die meisten Interviewten waren nebst der administrativen Versorgung von weiteren fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (FSZM) betroffen. In den Interviews wurden die Betroffenen u.a. gefragt, wie sie aktuelle Entwicklungen rund um die Aufarbeitung, Anerkennung und Wiedergutmachung des ihnen widerfahrenen Unrechts wahrnehmen und welche Erfahrungen sie selbst in diesem Zusammenhang machten (z.B. bei der Gesuchstellung um Soforthilfe, bei der Akteneinsicht in Archiven, beim Erzählen der eigenen Lebensgeschichte für die wissenschaftliche Aufarbeitung oder im privaten Umfeld). Die folgenden Punkte stützen sich auf diese Ausführungen von Betroffenen, auf Kontakte mit Betroffenen im Generellen sowie auf Befunde aus der Interviewauswertung.

Auf dieser Basis können verschiedene Herausforderungen und Schwierigkeiten identifiziert werden, die mit der Einreichung eines Gesuchs verbunden sind und ein solches individuell erschweren oder auch ganz verunmöglichen können:

- **Sich erinnern als Grundvoraussetzung für die Gesuchstellung: Aus den Interviews wird deutlich, wie schwierig, aufwühlend und bisweilen auch schmerzhaft der Erinnerungsprozess für Betroffene einer FSZM sein kann.** Bei einigen Interviewten führte die intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zu massiven Krisen. In den Interviews wurde z.B. die Akteneinsicht oft als traumatisierend, als physisch und psychisch enorm belastend beschrieben. Die Auswirkungen der Konfrontation mit den Akten und ihren behördeninternen negativen und diffamierenden Zuschreibungen und Beurteilungen sind schwerwiegend. Oft wurden Betroffene arbeitsunfähig und/oder krank. Der Preis einer intensiven Erinnerungsarbeit im Zuge der Gesuchstellung kann damit enorm hoch sein und nicht alle sind bereit diesen zu bezahlen bzw. verfügen über die hierfür nötigen Ressourcen. Das meist fortgeschrittene Alter der Betroffenen und das damit zusammenhängende Bedürfnis «zur Ruhe zu finden» oder «abzuschliessen» spielt hierbei möglicherweise ebenfalls eine Rolle. Sich an eine FSZM zu erinnern bedeutet ausserdem sich mit einem Kapitel der eigenen Biografie auseinanderzusetzen, das mitunter über Jahrzehnte hinweg verdrängt und vergessen wurde bzw. gezwungenermassen verdrängt und vergessen werden musste. Dies entweder aus Schutz vor negativen Reaktionen aus dem Umfeld oder weil nur so eine individuelle Bewältigung überhaupt möglich war.
- **Angst vor Kontakt mit Behörden und vor erneuter Diffamierung: Dass die Betroffenen im Rahmen des Gesuchs ihre Opfereigenschaft glaubhaft machen müssen, ist mit Blick auf die Schwierigkeiten des Erinnerns (s. Punkt oben) belastend.** Einen entsprechenden Beleg gegenüber den Behörden erbringen zu müssen, ist für Betroffene einer FSZM eine zusätzliche Herausforderung und stellt sicherlich eine besondere Hürde für die Gesuchstellung dar. Viele Betroffene wurden über Jahrzehnte hinweg systematisch und explizit als nicht glaubwürdig diffamiert, zu Personen degradiert, deren Sichtweise nichts zählt und die in Entscheidungsprozessen grundsätzlich missachtet und ignoriert wurden – gerade und im Besonderen von Behördenvertreter_innen. Noch heute fällt zahlreichen Interviewpartner_innen jeglicher Kontakt mit Behördenvertreter_innen schwer, ganz unabhängig von deren Funktion, Tätigkeit und Person. Ein Kontakt löst häufig Stress, Panik sowie andere körperliche und psychische Reaktionen aus. Der Gesuchstellungsprozess birgt dabei aus dieser Sicht die reale Gefahr einer erneuten Diffamierungs- und Missachtungserfahrung durch die Behörden, denn das Gesuch kann abgewiesen werden. Auch wird mit der Gesuchstellung eine letztlich formelle Interaktion initiiert, einer Form von erlebter «Nicht-Bezie-

lung» oder «Beziehungsverweigerung», unter der die meisten Betroffenen in ihrer Biographie massiv litten und die sie danach auch gezielt zu vermeiden versuchten. Nun müssen sie sich wieder auf diese unpersönliche Ebene begeben, in der sie als ganze Person und Individuum strukturell nie vollständig anerkannt werden.

- **«Selbständigkeit»:** Dieser Punkt schliesst direkt an die beiden obigen an. Aus den Interviews wird ersichtlich, wie viele Betroffene nach einer FSZM unter enorm erschwerten Startbedingungen (wenig Schul- und Berufsbildung aufgrund der FSZM, Stigmatisierung, Traumatisierung u.a.m.) ihr Leben in Angriff nehmen mussten. Handlungsleitend war dabei aus verständlichen Gründen, auf Distanz zu Behörden und Ämtern zu gehen, um sich vor einem erneuten Zugriff zu schützen. Für viele Betroffene ist deshalb typisch, wie unter enormen Anstrengungen und mitunter auch verbunden mit enormen Kosten **Lebenswege und berufliche Karrieren eingeschlagen wurden, die sich durch besonders viel Autonomie und Selbstständigkeit auszeichnen. Viele fordern diese Selbstständigkeit mit berechtigtem Stolz ein, und wehren sich dagegen, in einer Opferposition und damit abhängig von einem Staat und dessen Institutionen zu sein oder etwas von letzteren zu verlangen.** Selbst wenn die gegenwärtige Lebenssituation schwierig sein sollte, werden diese Betroffenen keinen «Solidaritätsbeitrag» beantragen und auf jede Interaktion mit Behörden verzichten.
- **Angst vor negativen Reaktionen aus dem Umfeld und gesellschaftliche Tabuisierung:** Ein Gesuch zu stellen bedeutet auch, sich als Opfer einer FSZM zu erkennen zu geben. Dies kommt mitunter einem veritablen «Coming Out» gleich. Aus den Interviews wird ersichtlich, wie die FSZM oftmals mit Schamgefühlen verbunden sind und deswegen sowie aus Angst vor Stigmatisierung über Jahrzehnte hinweg geheim gehalten wurden. Oftmals wurde dieser Aspekt der eigenen Biografie selbst vor den nächsten Angehörigen und Freund_innen geheim gehalten. Bei vielen Betroffenen dürfte dies nach wie vor so sein. Sie müssen sich nun also unweigerlich die Frage stellen, warum sie ihre Geschichte in ihrem Umfeld nun plötzlich erzählen und sich als Opfer einer FSZM zu erkennen geben wollen. Es gilt, mögliche Reaktionen ihres Umfeldes abzuwägen, auch ist der Prozess eines Coming Outs langsam und mitunter sehr schmerzhaft für alle Beteiligten. Manche werden zum Schluss kommen, dass der mögliche Preis eines solchen Coming Outs zu hoch ist.
- **Ambivalenz des Angebots «Solidaritätsbeitrag»:** Aus den Interviews wird deutlich, dass es den Betroffenen im Zuge der laufenden Aufarbeitung zu FSZM nicht ausschliesslich oder primär um eine finanzielle Entschädigung geht, sondern um eine Rehabilitierung der Opfer und um eine Bestrafung der Täter bzw. der Verantwortlichen. Genau dieses zentrale Bedürfnis vieler Betroffener kann mit dem Solidaritätsbeitrag jedoch nicht befriedigt werden. Im Gegenteil: Bei manchen Betroffenen dominiert gar das Gefühl, dass mit der Auszahlung eines Solidaritätsbeitrags letztlich die Schuld der Täter gesühnt wird, ohne irgendwelche Konsequenzen zu haben. Der Solidaritätsbeitrag wird also als zynisches Angebot des Staates, wenn nicht gar als blanker Hohn oder als weitere Beleidigung der Opfer aufgefasst. Unerträglich mag für viele Betroffene auch der Gedanke sein, nun den Behörden bzw. dem Staat gegenüber als Bittsteller_in auftreten zu müssen und damit just gegenüber denjenigen, die (aus der Perspektive vieler Betroffener) für das an ihnen begangene Unrecht und ihr Leid verantwortlich sind. Der Täter ist nun plötzlich in der Rolle des Helfenden. Dies erscheint wohl manchen Betroffenen als wenig glaubwürdig. Das Misstrauen gegenüber dem Staat ist diesbezüglich gross.
- **Unmöglichkeit der Gesuchstellung:** Viele Betroffene sind, teilweise aufgrund der Erfahrungen einer FSZM, verstorben oder in schlechtem gesundheitlichem Zustand, wie Berichte über Mitinsass_innen in den Interviews nahelegen. Vielen anderen fehlen der Willen bzw. in verschiedener Hinsicht schlicht die Ressourcen (s. oben), um ein Gesuch zu stellen.

Fazit

Die Zahl der Betroffenen einer FSZM ist um ein Vielfaches höher als es die Zahl der bislang gestellten Gesuche vermuten lässt. Aus der Zahl an Gesuchen zu folgern, dass es viel weniger Opfer gäbe als bislang angenommen, ist mit Sicherheit falsch. Vielmehr sind die Gründe, warum nicht alle Betroffenen einer FSZM ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag stellen, wie gezeigt, vielfältig. Die angeführten Gründe verweisen auf eine nach wie vor bestehende Marginalisierung von Opfern in unserer Gesellschaft, die eng mit ihrer Stigmatisierung («Die werden wohl nicht umsonst im Heim gewesen sein») verbunden ist.